



Persönliche Erklärung gemäß § 31 Abs.1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages zur Abstimmung über den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Antrag „Humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Asylsuchende aus Griechenland“ (19/16838)

Die dramatische Lage gerade in den griechischen Hotspots lassen uns und können uns alle nicht unberührt lassen. Besonders die jüngsten und schwächsten Personengruppen wie Frauen, Kinder und unbegleitete Jugendliche sind in einer äußerst schwierigen Situation. Viele Kinder leiden unter Traumata aufgrund ihrer Kriegserfahrungen und den Zuständen in den Hotspots. Kinder haben keine Möglichkeit eine Schule zu besuchen. Es droht, dass eine ganze Generation ohne Perspektive und ausreichende Bildung heranwächst.

Die Europäische Union (EU) ist hier insgesamt gefordert, eine nachhaltige Lösung zu finden und die Regierung in Griechenland bei der Bewältigung der Herausforderungen zu unterstützen. Gerade für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollte zügig eine „Humanitäre Hilfe vor Ort in Griechenland“ sowie medizinische Versorgung mit geschultem Personal umfassend unterstützt werden. Außerdem sollte eine europäische Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern, gegebenenfalls mit einer „Koalition der Willigen“, von EU-Mitgliedsstaaten, zur Entlastung Griechenlands ermöglicht werden.

Wir begrüßen, dass Innenminister Seehofer sich auf europäischer Ebene hochengagiert für einen Verteilungsschlüssel einsetzt und auch bilaterale Gespräche mit Mitgliedsstaaten führt sowie weitere Gespräche im Rahmen der deutschen EU Ratspräsidentschaft für eine Reform des europäischen Asylsystems angekündigt hat.

Trotz der oben dargestellten Übereinstimmungen, können wir den Antrag Drucksache 19/16838 sowie den Schlussfolgerungen, u.a. der Kritik an dem EU-Türkei-Abkommen, nicht zustimmen. Ohne EU-Türkei-Abkommen würde sich die Situation der Flüchtlinge nicht verbessern, sondern u.a. dazu führen, dass sich wieder mehr Flüchtlinge in die Hände krimineller Schlepperbanden begeben und die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer antreten.

Der von den Grünen geforderte einseitige, nationale Alleingang mit Übernahme von Kontingenten würde alle europäischen Lösungen erschweren. Dies wäre deshalb der falsche Weg.

Berlin, 04. März 2020

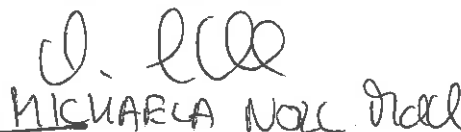

Thomas Rachel MdB

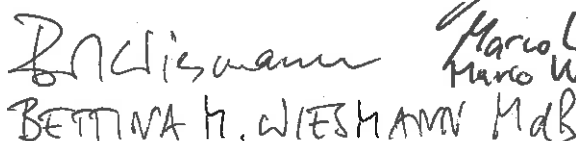

Dr. Michael Meister

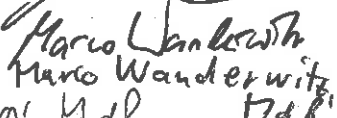

Stephan Albani MdB

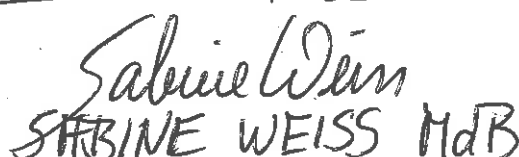

Sybille Benning MdB

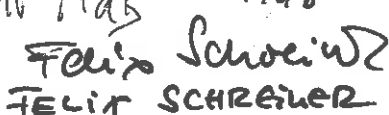

Dr. Stefan Kaufmann MdB

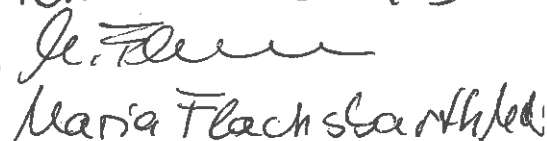

MICHAELA NOLL MdB


BETTINA W. WIESMANN MdB


Mario Wanderwitz MdB


SABINE WEISS MdB


FELIX SCHREINER


Maria Flachsbart MdB



Uwe Schummer
Uwe Schummer MdB

Marcus Weinberg
Marcus Weinberg MdB

Prof. Monika Grütters
Prof. Monika Grütters MdB

Herrmann Gröhe
Herrmann Gröhe MdB

Thomas Heilmann
Thomas Heilmann MdB

Carsten Müller
Carsten Müller MdB

Peter Weiß
Peter Weiß MdB

Volker Kauder
Volker Kauder MdB

Antja Lezius
Antja Lezius MdB

Nadine Schön
Nadine Schön MdB

Prof. Dr. Matthias Zimmer
Prof. Dr. Matthias Zimmer MdB

Oliver Wittke
Oliver Wittke MdB

- *Karsten Möring*
Karsten Möring, MdB

Elizabeth Winkler
Elizabeth Winkler, MdB

- *Axel Knoor*
Axel Knoor, MdB

H. Hoppenstedt
H. Hoppenstedt, MdB

- *Bert B. Weiler*
Bert B. Weiler, MdB

Wilfried Oellers
Wilfried Oellers, MdB

- *Gisela Mandtke*
Gisela Mandtke, MdB

Dr. Peter Tamber
Dr. Peter Tamber MdB

- *Rudolf Henke*
RUDOLF HENKE MdB

Hakon v. Marshall
HdB

- *Stefan Lorenhoff*
Stefan Lorenhoff, MdB



V. Landgraf

Katharina Landgraf MdB

Ingrid Pahlmann MdB

Gitta Connenann MdB

ANDREAS NICK, MdB A. Nick

Wolfgang Zartelle

Andje Lertzin, MdB Lertzin

Elisabeth Hobschmann

Elisabeth Hotschmann MdB

Kai Whittaker MdB

Johannes Selle, MdB Johannes Selle

Thomas Gelhart, MdB

URSULA GRODEN-KRANICH, MdB

Peter Stein, MdB

Lothar Riessmann MdB

Noelbert Altenkamp, MdB